



Graz, 20. September 2013

Tarifpolitik wirtschafts- und sozialpolitisch nicht vertretbar

Während die Metaller bereits in die erste Herbstlohnrunde für 2014 gehen, ist im Land Steiermark zur gleichen Zeit noch ungewiss, welche Tariferhöhungen Pflegeheimbetreiber für 2013 bekommen werden.

Nur die Pflegezuschläge an die Entgelterhöhungen anzupassen, greift zu kurz. Die Personalkosten auf Basis des branchenüblichen Kollektivvertrages (BAGS) sind seit 2010 zwischen 13 und 15 Prozent gestiegen. Dieser Entwicklung im Bereich der Hotelkomponente seitens des Landes wieder mit einer Nullrunde zu begegnen, entspricht nicht der Kostenrealität von Pflegeheimen, denn der Personalkostenanteil in der Hotelkomponente liegt zwischen 42 und 45 Prozent. Seitens des Landesverbandes wurde mehrmals angeboten, auf die jahrzehntelangen Erfahrungen aus dem Betrieb von knapp 3.000 Pflegebetten zuzugreifen, die von Gemeindeverbänden, Gemeinden oder Städten betrieben werden.

In der Zwickmühle sind Pflegeheime, unabhängig von der Betreiberstruktur, weil sie Preisanpassungen derzeit einfach nur zur Kenntnis nehmen müssen, beim Personal und bei zugekauften Leistungen und Sachgütern nach oben, bei den Tarifen nach unten. Dazu kommen noch all jene Kostensteigerungen, die sich in den vergangenen Jahren durch die landesgesetzlichen Mindeststandards ergeben haben. Sie können auch nicht zum Fleischer gehen und eine Extrawurstsemmel bestellen, konsumieren und dann kundtun, nur die Semmel zu bezahlen.



Es war und ist wohl die Rahmengesetzgebung in unserem Land, welche die Pflegelandschaft so gestaltet hat, wie sie sich heute zeigt. Die gesamte Situation ist ja beinahe schon ein politisches Paradoxon. Die als sozialpolitischer Meilenstein gefeierte „freie Heimwahl“ hat die stationäre Pflege und Betreuung älterer Menschen auf den freien Markt geworfen, also zu einer Entwicklung geführt, welche mit Sicherheit nicht der Intention und Ideologie ihres Vaters (Kurt Flecker) entsprach. Jetzt sieht es zumindest so aus, als müsste die zuständige politische Referentin zu Maßnahmen (Wettbewerbseinschränkung über Preisregulierung) greifen, die nicht unbedingt der wirtschaftsliberalen Grundhaltung ihrer Partei entsprechen.

Der Landesverband Altenpflege Steiermark als Interessensvertreter von 33 Einrichtungen von Gemeinden, Gemeindeverbänden, Gemeinden, der Stadt Graz und dem Land Steiermark als Heimbetreiber, mit mehr als 3.000 Betten, bekennt sich zu der seitens des Landes definierten Pflege- und Betreuungsqualität. Seine Mitglieder sind aktiv bereit, diese über eine reine Grundversorgung hinaus weiter zu entwickeln. Der Verband sieht seine Bestrebungen für eine zeitgemäße Qualität der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sowie der Lebensbedingungen der Betreuten durch die derzeitige Tarifpolitik des Landes gefährdet.

Wir fordern daher dringend, zur Kostenwahrheit auf Basis des Maßstabes „Mensch“, ob beschäftigter oder betreuter, zurückzukehren und politisch unmissverständlich zu bekennen, ob das Land Steiermark langfristig eine bessere oder nur eine billigere Pflege haben will.

Jakob Kabas, MBA
Obmann des Landesverbandes Altenpflege Steiermark

erreichbar unter
jakob.kabas@shv-liezen.at
8940 Liezen, Fronleichnamsweg 4/2/1
Mobil: 0676 84639730